

KÖLNER MITGLIEDERRUNDBRIEF

NR. 241 • DEZEMBER 2015

MACH ET

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

KREISVERBAND KÖLN



**Grüne Ideen
für mehr Zeit –
Raus aus dem
Hamsterrad**

**Grüne Wege in der
Hochschulpolitik**
Seite 6

**Umstieg auf
Bus und Rad**
Seite 7

**Grüne zu Besuch
in China**
Seite 8

**Integration:
Schaffen wir!**
Seite 9

EDITORIAL

Liebe Freundinnen und Freunde!

Ihr haltet eine diesmal verspätete Ausgabe der Mach Et in den Händen, weil auch an uns der verlängerte Wahlkampf und der Schock des Attentats auf Henriette Reker nicht spurlos vorbeigegangen sind. Umso zuversichtlicher sind wir jetzt, da klar ist, dass die größte kreisfreie Stadt in NRW erstmals von einer Frau geführt wird! Da ist uns Kölner*innen eine ziemliche Sensation gelungen und deshalb findet Ihr in dieser Ausgabe natürlich auch einen Niederschlag der Ereignisse auf den Seiten 3 und 14. Aber das nahende Jahresende regt ja auch immer zu Besinnlichkeiten aller Art an und auch zu ellenlangen Wunschzetteln. So wünscht sich unsere Partei zum Beispiel mehr Zeit, wie uns Sven Lehmann von der Bundesdelegiertenkonferenz berichtet (Seiten 4 und 5), und Arndt Klocke mehr Bahn und mehr Radler*innen (Seite 7). Frieder Wolf wünscht sich mehr Reflektion über das Verhältnis der Kommunistischen Partei Chinas zu den GRÜNEN (Seite 8) und Volker Beck wünscht sich ein viel besseres Asylrecht, möglichst im Einklang mit den Menschenrechten (Seite 9). Auch die Grüne Jugend widmet sich dem Thema Flüchtlinge und kritisiert die Grüne Zustimmung zum Asylkompromiss auf Bundesebene (Seite 10).

Ansonsten schreibt Max Derichsweiler wie es um die Grüne Hochschulpolitik in NRW bestellt ist (Seite 6). Und wir stellen euch wie immer zwei Arbeitskreise vor – die wollen ihre Ideen und Gedanken mit euch teilen – und das geht immer am besten mit vielen Aktiven (Seite 11). Also klinkt euch ein und sucht euch passende Aktivitäten für 2016. Der Anfang kann ein guter Vorsatz für das neue Jahr sein!

Uns bleibt, Euch schöne Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr zu wünschen. Krachend, fulminant oder still und nachdenklich! Wie's Euch gefällt. Aber auf jeden Fall: GRÜN!

Christiane, Frank, Judith, Julia und Michael
Mach-Et-Redaktion

IMPRESSUM

Die Mach Et ist das offizielle Magazin der Kölner GRÜNEN und wird ehrenamtlich erstellt. Sie erscheint viermal im Jahr. Gedruckt auf Recyclingpapier.

Auflage 1.900

Versendet mit GOGREEN, dem klimaneutralen Versand der Deutschen Post

GOGREEN

Anschrift: Redaktion Mach Et, c/o KV-Büro, Ebertplatz 23, 50668 Köln
☎ 0221-9727888

✉ machet@gruenekoeln.de 🌐 www.gruenekoeln.de

V.i.S.d.P.: Diana Siebert

Redaktion: Judith Hasselmann, Frank Jablonski, Michael Lang,
Julia Woller, Christiane Martin (CvD)

Layout: Dietmar Putscher

Titelbild: shutterstock/Darius Pabrinkis

Druck: Moosdruck, Leverkusen

Preis: 1 €, Mitglieder kostenlos

Die Artikel spiegeln die Meinung der jeweiligen Autorin bzw. des jeweiligen Autors wider und nicht unbedingt die der Redaktion oder von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, KV Köln. Unverlangt eingesandte Manuskripte nehmen wir gerne entgegen. Haftung wird nicht übernommen. Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Beiträge zu kürzen.

INHALT

KREISVERBAND

Bericht des Kreisvorstands 3

BUND

Grüne Ideen für mehr Zeit – Raus aus dem Hamsterrad 4

NRW

„Die Gedanken sind frei“ – Grüne Wege in der Hochschulpolitik 6

MOBILITÄT

Mit dem Kättche auf dem Rädche ... 7

GRÜNE GLOBAL/LOKAL

Grüne in China 8

INTEGRATION

Ja, wir schaffen das! 9

GRÜNE JUGEND

Refugees welcome – auch in Deutschland? 10

ARBEITSKREISE

AK Grüne Alte 11
AK Queer 11

KURZ NOTIERT

Nachrichten 12

MACHETE

Traumberuf Wahlkampfmanätscher 14

SERVICE

Adressen 15
Termine 16



Liebe Grüne in Köln,

wir sind Wahlsiegerin – diese Oberbürgermeisterwahl war ein fulminanter Sieg für die Kölner GRÜNEN! Wir haben den nächstplatzierten Kandidaten mit über 20 Prozent Vorsprung geschlagen, erstmals – seit Agrippina – eine Frau an der Spitze und das wohl grünennächste Kölner Stadtoberhaupt aller Zeiten.

Großes DANKE dafür an alle Wahlkämpfer*innen! Der Wahlkampf war schwierig; ging es in erster Linie um die Führung der Stadtverwaltung und nicht um die Ratspolitik, wollten Wähler*innen und Medien doch ratspolitische Inhalte diskutieren. Dies argumentativ zu vereinen, war für alle eine große Herausforderung. Auch mussten wir in einer ungewohnten Konstellation mit den anderen Unterstützerparteien kämpfen. Unser Mut hierzu ist belohnt worden.

Trotzdem können wir nur verhalten jubeln. Es ist schön, dass es Henriette Reker nach dem Messerattentat schon wieder so gut geht und dass sie – mit Verleihung des Heinrich-Böll-Preises am 20. November 2015 – ihre Arbeit bereits aufnehmen konnte. Wir sagen aber weiterhin: Gute Besserung! Und wir sagen: Herzlichen Glückwunsch! Sie hat diese Wahl gewonnen! Wir sind stolz auf sie! Aber der Mordversuch an Henriette Reker ist noch nicht aufgearbeitet. Was sagt es über unsere Gesellschaft aus, wenn jene, die sich für die Schwächsten

einsetzen, deshalb Ziel rechtsterroristischer Anschläge werden? In der Einforderung von Konsequenzen hieraus bleiben wir hartnäckig.

Mit Henriette Reker haben wir in Köln nun erstmals eine Oberbürgermeisterin, die grüne Inhalte vertritt und weder der SPD noch der CDU angehört. Ja, mehr noch: Sie ist unabhängig und will dafür sorgen, dass ein neuer, offenerer Politikstil in das Rathaus und die Stadtverwaltung einzieht. Das ist es doch, was sich Grüne immer gewünscht haben: nicht die Person oder die Partei ist entscheidend, sondern die Sache. Allerdings war es uns äußerst wichtig, dass Entscheidungen zu Koalitionen und Ähnlichem nicht voreilig und ohne die Oberbürgermeisterin gefällt werden.

Das Wahlkampf-Team von Henriette Reker hatte mit einer öffentlichen Erklärung harsche Kritik daran geübt, dass bereits am Wahlabend, als Henriette Reker noch im Koma lag, das Postengeschacher losging. Dem haben wir uns angeschlossen und Entschleunigung gefordert. Nun nach ihrem Amtsantritt hat Henriette Reker in ihrer Pressekonferenz noch einmal betont, dass „ihre Parteiunabhängigkeit kein Zufall ist, sondern Konzept und Programm“. Sie hat damit ein Angebot an alle demokratischen Kräfte im Rat gerichtet, angesichts der bevorstehenden großen Herausforderungen für Köln für relevante Fragen und Vorhaben gemeinsame Lösungen zu finden und sie mit breiter demokratischer Mehrheit zu tragen. Dieses Angebot begrüßen wir und greifen es gerne auf. Wir haben Henriette Reker auch deshalb unterstützt, weil mit ihrer Unabhängigkeit die Chancen auf eine neue sachorientierte Führungsverantwortung sowie das Aufbrechen starrer Strukturen bestehen. Auf dem Weg zu diesem neuen Politikstil wollen wir unsere Oberbürgermeisterin unterstützen. Dabei gilt es die nötige Balance zwischen einer Verlässlichkeit in der Zusammenarbeit und einem sachorientierten Dialog zwischen allen demokratischen Fraktionen zu finden, um gemeinsam für alle tragfähige Kompromisse zu finden.“

Die Wahlbeteiligung war mit 40,28 Prozent erschreckend niedrig, wenn auch besondere Umstände vorlagen: Es war eine isolierte OB-Wahl ohne gleichzeitige Ratswahl, die Wahlverschiebung hat zusätzlich demotiviert und Herbstferien waren auch. Dabei war noch Schlimmeres zu befürchten. Aber gerade in Gegenden mit niedrigem Sozialstatus lag die Wahlbeteiligung weit unten. Das können wir Grüne nicht hinnehmen. Am 27. Februar 2016 wollen wir deshalb einen Fachtag zur Demokratie veranstalten, den Ursachen nachgehen und mögliche Lösungsvorschläge finden. Über eure rege Teilnahme freuen wir uns!

Wir wünschen euch frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr!

Herzliche Grüße
Marlis Bredehorst und Hans Schwanitz
Vorsitzende des Kreisverbandes



Unsere Oberbürgermeisterin!
**Herzlichen Glückwunsch,
liebe Henriette Reker,
zum Wahlsieg!**

Grüne Ideen für mehr Zeit – Raus aus dem Hamsterrad

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Halle vom 20. bis 22. November 2015 wurden ausführlich Grüne Ideen für eine moderne Zeitpolitik diskutiert und ein entsprechendes Programm beschlossen. Mehr noch: Dieser Bereich Grüner Politik soll ein wichtiger Teil des Bundestagswahlprogramms für 2017 werden.

Von Sven Lehmann,
Vorsitzender GRÜNE NRW

Arbeiten, Einkaufen, die Familie managen, sich um die Kinder kümmern, die Eltern pflegen, im Ehrenamt Politik machen oder Flüchtlingen helfen. Dabei ständig Mails checken, SMS schreiben und ans Handy gehen – klingt stressig, und genau das ist es für viele auch. Immer mehr Menschen empfinden das Leben als permanente Rushhour. Sie fragen sich, wo Zeit und Raum bleiben für Freundschaften, Hobbies, Sport und manchmal auch einfach nur für sich selbst.

Besonders jene, die für andere Verantwortung übernehmen, spüren immer wieder den Zeitdruck. Wer Kinder erzieht oder seine Eltern pflegt, fragt sich oft, wie man Familie und Arbeit unter einen Hut bringen soll. Gleichzeitig steigt der Druck im Job. Arbeitnehmer*innen müssen erreichbar sein und sich zudem ständig weiterbilden, um stets up-to-date zu sein. Wer wenig verdient, hat es besonders schwer: Eine Auszeit oder ein Kürzertreten im Job kommt schon aus finanziellen Gründen kaum infrage – eben so wenig wie ehrenamtliches Engagement. Dabei funktioniert unsere Gesellschaft nur, wenn Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Und sich das leisten können – finanziell und mit Blick auf ihre Zeit.

Das Ziel ist klar: Endlich rauskommen aus dem Hamsterrad, den Raubbau am eigenen Körper und an der eigenen Seele stoppen, sich emanzipieren und die Souveränität über die eigene Zeit gewinnen. Nur wie, das ist die große Frage. Einige Antworten dazu geben jetzt wir Grüne. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Halle vom 20. bis 22. Novem-



ber 2015 haben wir ein erstes Programm zur Zeitpolitik beschlossen, das den Menschen und seine Selbstbestimmung in den Mittelpunkt stellt. Dieser Bereich unserer Politik soll nach dem Beschluss von Halle ein wichtiger Teil des Bundestagswahlprogramms für 2017 werden. Klar ist dabei immer: Ein selbstbestimmter Umgang mit der eigenen Zeit darf keine Frage des Einkommens, des Alters, der Herkunft oder des Geschlechts sein.

Einige unserer Forderungen für mehr Zeit zum Leben:

● Vollzeit und Teilzeit neu definieren

Fünf Tage die Woche ins Büro, acht Stunden am Tag – so sieht eine typische Vollzeitstelle noch immer aus. Das wollen wir ändern: Ab einer bestimmten Betriebsgröße soll künftig jede*r in einem Korridor von 30 bis 40 Stunden in der Woche die Wahlarbeitszeit seines oder ihres Vollzeitjobs festlegen können. Denkbar sind dabei viele Modelle – je nach individueller Situation. Ob als junge Eltern oder als Teilnehmer*in einer Fortbildung, ob als Flüchtlingshelfer*in oder als Mitglied einer Bezirksvertretung: Wer seine Stunden reduzieren will, soll – mit einer vernünftigen Ankündigungsfrist – ein Anrecht darauf haben. Und: Wer seine Stunden nach

diesem Modell reduziert hat, soll auch das Recht erhalten, später auf seine oder ihre vorherige Stundenzahl zurückkehren zu können. Verhindern möchten wir auf diese Weise, dass der Teilzeitjob zur Karriere-Sackgasse wird. Außerdem könnte der klassische Halbtagsjob so unattraktiver werden. Er sichert für viele Arbeitnehmer*innen heute kaum die Existenz. Auch am Ende des Berufslebens wollen wir den Übergang in den Ruhestand flexibler gestalten. So manche*r künftige Rentner*in will früher aufhören – und kann sich das heute nicht leisten. Und andere wollen länger im Job bleiben, wofür heute ein verlässlicher rechtlicher Rahmen fehlt.

● Mehr Zeit für Kinder, mehr Zeit für Eltern

Die Einführung der Elternzeit und des Elterngelds war ein Meilenstein für die Familien in Deutschland. Doch jetzt ist es an der Zeit, den zweiten Schritt zu gehen. Wir fordern eine *Grüne KinderZeit-Plus*. Diese funktioniert nach der einfachen Rechnung 8 Monate + 8 Monate + 8 Monate. Eltern sollen innerhalb der ersten 14 Lebensjahre der Kinder künftig 24 Monate Auszeit nehmen können – das ist zehn Monate länger, als das bisherige Elterngeld aktuell gezahlt wird. Jedes Elternteil soll dabei acht Monate Zeit für das Kind erhalten. Weitere acht Mona-

te sollen die Eltern unter sich aufteilen können. Auch möglich: Wer seine Stunden reduziert – etwa um 50 Prozent – kann die *KinderZeitPlus* sogar doppelt so lange nutzen. Selbstverständlich sollen auch Alleinerziehende einen Anspruch auf 24 Monate *KinderZeitPlus* haben.

● **Pflege organisieren, Zeit für letzte Momente**

Mit einer Grünen *PflegeZeitPlus* wollen wir die Möglichkeit einer Auszeit schaffen für Menschen, die Angehörige oder Freund*innen pflegen. Für bis zu drei Monate sollen diese den Job ruhen lassen, um etwa die Pflege zu organisieren oder sich in den letzten Tagen eines Lebens würdevoll um den/die Sterbende*n kümmern zu können. Für diese Zeit sollen die Pflegenden eine steuerfinanzierte Lohnersatzleistung erhalten, die nicht zurückgezahlt werden muss.

● **Bildung über das ganze Leben denken**

Die Menschen leben – zum Glück – immer länger. Dennoch herrscht seit jeher ein Bildungsmodell vor, das praktisch die komplette Bildung in die ersten rund 25 Lebensjahre presst. Gleichzeitig verändern Digitalisierung und Innovation die Berufsbilder und Anforderungen in immer kürzeren Abständen. Hier wollen wir mit der Grünen *BildungsZeitPlus* gegensteuern. Ziel sind sozial abgesicherte Zeiten für Ausbildung und Weiterbildung. Wer sich weiterbildet, soll mit einem auf die Einkommenssituation

zugeschnittenen Mix aus Darlehen und Zuschuss gefördert werden. Wer weniger hat, bekommt mehr und umgekehrt. Auf dieses Modell setzen wir auch an den Unis und Fachhochschulen: In einem ersten Schritt wollen wir Studierende aus einkommensschwachen Familien durch ein reformiertes BAFöG unterstützen. Später soll es dann zwei Säulen zur Studienfinanzierung geben. Einen Studierendenzuschuss, den alle erhalten, und einem Bedarfszuschuss, um die für ein Studium zu gewinnen, die es sich bisher nicht leisten können. Beide Zuschüsse müssen – anders als das jetzige BAFöG – nicht zurückgezahlt werden.

Die Punkte lassen sich zusammenfassen zu einem *ZeitHaben* – quasi ein *Zeit(gut)haben* für alle Lebenslagen. Wichtig dabei: Das *ZeitHaben* soll finanziell so abgesichert werden, dass auch Menschen mit niedrigem Einkommen sich Auszeiten für Weiterbildung, Pflege und Kindererziehung leisten können. Und gerade hier wachsen die Probleme in der Arbeitswelt von zig Millionen Menschen in Deutschland.

Die Arbeitsverhältnisse für einen großen Teil sind in den vergangenen Jahren unsicherer geworden. Vier von zehn Beschäftigten haben befristete Stellen, jobben in Teilzeit, sind in Leiharbeit oder Arbeiter*innen auf Abruf. Viele sind als Scheinselbstständige tätig oder in einem Minijob beschäftigt statt in einem sozialversicherungspflichtigen Job, der ein Auskommen gewährleistet. Gerade für

diese Arbeitnehmer*innen ist eine stärkere Mitbestimmung darüber, wann, wie, wo und wie viel sie arbeiten wichtig. Besonders an Arbeitsplätzen ohne Betriebsrat oder Personalrat wollen wir den Menschen die Möglichkeit geben, in Abstimmung mit den Arbeitgeber*innen die Arbeitszeit mitzugestalten. Dabei kann es um den Arbeitsbeginn und die Verteilung der Arbeit über den Tag oder auch die Möglichkeit von Homeoffice als Ergänzung zum Büroarbeitsplatz gehen.

Wo es einen Betriebsrat gibt, soll dieser Betriebsvereinbarungen für mehr Zeitsouveränität von der Geschäftsführung verlangen können. Letztlich würden auch die Unternehmen von einem Kulturwandel in der Arbeitswelt profitieren. Denn gerade in Zeiten des Fachkräftemangels sind innovative Arbeitszeitmodelle für Unternehmen ein Vorteil beim Wettbewerb um die besten Köpfe.

Für viele der oben angesprochenen Probleme wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) Teil der Lösung. Es würde komplizierte Regelungen zu Lohnersatzleistungen unnötig machen und den Menschen mehr Freiheiten bieten. Die Debatte um den richtigen Weg und das richtige Modell bleibt auch innerhalb der Partei umstritten. Sie muss aber weitergehen. Mit dem neuen Programm zu Zeitpolitik ist ein wichtiger Schritt getan!



„Die Gedanken sind frei“ – Grüne Wege in der Hochschulpolitik

Köln ist als Hochschulstandort geprägt von studentischem Leben, wissenschaftlichen Innovationen und der Uni als größtem Arbeitgeber in der Stadt. In vielen Bereichen entwickeln wir GRÜNEN die Hochschul- und Wissenschaftspolitik, aber es stehen auch weiterhin Herausforderungen an, bei denen wir Grüne Wege aufzeigen müssen.

Von Max Christian Derichsweiler

Mit dem Hochschulzukunftsgesetz hat Rot-Grün in NRW die neoliberale Hochschulpolitik der Vorgängerregierung beendet: bessere Arbeitsbedingungen, eine zivile und ökologische Uni und mehr studentische Mitbestimmung. Dass sich manche Strukturen, auch an den Kölner Hochschulen, mit diesen Veränderungen immer noch schwertun, verwundert nicht; aber nach Einführung des Gesetzes muss die Umsetzung in die Praxis zügig voran gehen. Die Politik ist hier gefragt weiterhin zu überzeugen, aber auch die Finger in die Wunde zu legen, wo etwa versucht wird, die studentischen Mitbestimmungsmöglichkeiten klein zu halten.

Lehramtsausbildung

Ein gutes Lehramtsstudium und eine gute Ausbildung im Referendariat sind notwendige Voraussetzungen dafür, dass motivierte und kompetente Lehrer*innen unsere Pänz unterrichten. Aktuell steht die Novellierung des Lehrerausbildungsgesetzes (LABG) an. Hier hat unsere Grüne Schulministerin



Sylvia Löhrmann sinnvolle Änderungen vorgelegt: Die Stärkung der Vielfalt im Klassenzimmer, Islamische Religionslehre als reguläres Schulfach und die Streichung der fremdsprachlichen Studienvoraussetzung Latein in vielen Fächern. Ein großer Diskussionspunkt sind hingegen die Fristen über das Auslaufen der alten Lehramtsstudiengänge. Allein in der Lehramtshochburg Köln sind hierdurch nach Schätzung der Uni 3.000 Studierende betroffen, die voraussichtlich nicht in der noch verbleibenden Zeit ihr Studium abschließen können. Die Proteste aus der Kölner Studierendenschaft und die Unterstützung derselben durch die Unileitung nimmt der Grüne Landesvorstand ernst. Angestrebt werden sollte eine Regelung, die so ausgerichtet ist, dass diejenigen, die ihr Studium ordnungsgemäß abschließen wollen, auch die dafür nötige Zeit erhalten.

Studentisches Wohnen

Immer mehr Studierende drängen an die Unis und viele, vor allem Studierende aus finanziell schwächeren Familien, sind auf einen Platz im günstigeren Wohnheim angewiesen, besonders in Großstädten wie Köln mit einem angespannten Wohnungsmarkt. Für den Ausbau von studentischem Wohnen ist die Stadt gefordert, zusammen mit dem Studentenwerk Objekte und Grundstücke zu finden, die auch kurzfristig und vorübergehend als Wohnheime genutzt werden können.

Hochschule und Flüchtlinge

Gerade für Flüchtlinge müssen die großzügigen Spielräume im Hochschulzugang von den Unis ausgenutzt werden, Gebühren erlassen und Deutschkurse für das nachzuweisende Sprachniveau angeboten werden. Mit einem gesonderten Stipendienkontingent könnten Flüchtlinge über das Bafög hinaus zusätzlich gefördert werden. Die künftigen Lehrer*innen müssen auf gesellschaftliche Vielfalt vorbereitet werden (z. B. Deutsch als Fremdsprache). Flüchtlingsunterbringung und studentisches Wohnen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden: Im Gegenteil muss

geprüft werden, ob nicht beide Wohnformen im Blick auf gesellschaftliche Integration und Teilhabe zusammengedacht werden sollten. Zuletzt muss schon das bestehende großartige Engagement von Hochschulangehörigen für Flüchtlinge hervorgehoben werden: Spendenaktionen, Unterstützung durch Deutsch-Studierende, Unterbringung von Flüchtlingen in studentische WGs, Sensibilität für besondere Gruppen (z.B. LSBTTI). Projekte wie „Service Learning: Lernen durch Engagement – Kölner Syrienhilfe“ an der Uni Köln müssen weiter gefördert werden. In der Hochschulpolitik, wie in allen Politikfeldern, muss die Flüchtlings- und Integrationspolitik als gesellschaftspolitische Querschnittsaufgabe verstanden und gestaltet werden.

Alle Grünen Wege haben dieselbe Richtung: Als Grüne wollen wir die Universitäten stärken, für eine freie Forschung und gute Studienbedingungen in der Lehre sorgen, damit es weiterhin heißt: „Die Gedanken sind frei!“



Max Christian Derichsweiler

Mitglied des Vorstands der GRÜNEN NRW, zuständig für Hochschul- und Wissenschaftspolitik sowie Queerpolitik, stellv. Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN in der BV Mülheim, 31 Jahre alt, Studienreferendar an einem Kölner Gymnasium, promoviert in Evangelischer Ethik, Preisträger Jenny-Gusyk-Preis 2015 der Universität zu Köln als Nachwuchswissenschaftler



Mit dem Kättche auf dem Rädche ...

Der Mobilitätstrend geht klar zum Radverkehr und unser wachsendes Köln braucht dringend entsprechende Infrastruktur für eine autofreie Nahmobilität. Die GRÜNEN unterstützen dies politisch und fordern schon seit vielen Jahren ein Umdenken in Verkehrs- und Stadtplanung.

Von Arndt Klocke, MdL, Sprecher für Verkehr und Stadtplanung

Wir Grüne und die Umweltverbände waren von Beginn an Vorreiter einer modernen Mobilität. „Umwelt schützen – Rad benutzen“ war einer der frühen Sponti-Aufkleber Ende der 1970er-Jahre. Die Kölner GRÜNEN schlugen beispielsweise schon in ihrem Kommunalwahlprogramm 1984 vor, einen Teil der Ford-Werke in eine Radfabrik umzustrukturieren. Damals löste dies viel Hohn und Spott in der Presse und bei der politischen Konkurrenz aus. Heutzutage hat Mercedes mit dem Smart-EBike eines der marktgängigsten Elektro-Fahrräder an den Start gebracht. Eine der zentralen Kampagnen der NRW-GRÜNEN im Landtagswahlkampf 1990, als ihnen erstmals der Einzug ins Landesparlament gelang, waren verkehrspolitische Aktionen unter dem Motto „Auch Mobil ohne Auto“.

Mitte der 1990er-Jahre wurde die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte und Gemeinden (AGFS) gegründet, die heutzutage landesweit 70 Mitglieder hat, darunter auch Köln, und stetig wächst. Köln hat bei der Fahrradfreundlichkeit noch einen erheblichen Nachholbedarf. 12 Prozent der Alltagsfahrten werden heute in der Domstadt mit dem Rad erledigt, in Münster sind es aber schon über 30 Prozent. Auf einigen Straßen in der Kölner Innenstadt und in Ehrenfeld sind aber mittlerweile mehr Fahrräder als Autos unterwegs. Bei der Radnutzung gibt es eine Revolution von unten, immer mehr Menschen steigen freiwillig aufs Rad um. Neben dem Aspekt zügiger Mobilität in der Innenstadt, ohne Parkplatzsuche und Stress im Stau steht der gesundheitliche Aspekt der Bewegung im Mittelpunkt. Aufgabe der nächsten Jahre wird es sein, die bestehende Verkehrsinfrastruktur dem



Machen Werbung für die KVB-Leihräder: Arndt Klocke (Mitte) mit den „Brings“

sich ändernden Mobilitätsverhalten anzupassen. Schon in den letzten Jahren wurden viele zusätzliche sichere Abstellmöglichkeiten für Räder in Köln geschaffen, mit über 10.000 sogenannten Haarnadel-Abstellanlagen.

Köln hat Nachholbedarf

Die Kölner Radstation hinter dem Hauptbahnhof fristet leider ein Schattendasein. Zwischen Schmuddelecken und McDonalds gelegen gibt es hier nicht ansatzweise ausreichend Abstellfläche für die vielen Hundert Räder, die tagtäglich rund um den Bahnhof abgestellt werden. Statt die große Fläche auf dem Breslauer Platz für eine Radabstellanlage nach Münsteraner Vorbild zu nutzen, wurde hier für über 300.000 Euro eine Springbrunnenanlage aufgestellt. Immerhin: Die Stadtverwaltung rund um den emsigen Radverkehrsbeauftragten Jürgen Möllers führt derzeit in den Stadtteilen Foren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durch, um ein Radverkehrskonzept für die jeweiligen Veedel zu erstellen. Bei der Abschaffung der Benutzungspflicht von nicht rechtskonformen Radwegen dagegen tut man sich schwer. Ein entsprechender Antrag aller (!) Fraktionen

im Stadtrat stieß auf Gegenwehr bei der Verwaltung, dabei soll hier „nur“ geltendes Recht umgesetzt werden.

Zu einem Renner hat sich mittlerweile jeweils am letzten Freitag im Monat die Radverkehrsdemo „Critical Mass“ entwickelt. Mehrere Hundert Radlerinnen und Radler biken auf immer neuen Routen durch die Innenstadt und besetzen den Straßenraum unter dem Motto „Reclaim our Streets“. Etwas stiefmütterlich steht dagegen noch die alljährliche Stadtsternfahrt da. Während in Berlin zu diesem Aktionstag von ADFC und anderen Verbänden Zehntausende Radfahrerinnen unterwegs sind, sind es bislang in Köln leider bislang unter 5000 Teilnehmer*innen.

Stadt der kurzen Wege

Nahmobilität und die „Stadt der kurzen Wege“ sind Leitbegriffe, die heutzutage auch in der Kölner Stadtplanung oft genutzt werden. Beide stehen für die Verknüpfung von Verkehrsplanung und Stadtentwicklung. Wesentliche Planungsfelder sind die Frage der Siedlungsstruktur, der bürgerschaftlichen Mitwirkung, der Verkehrsinfrastruktur und der Kommunikation von Maßnahmen. Köln ist eine in den nächsten Jahren rasant wachsende Stadt. Der Ausbau von autofreier Nahmobilität bedingt daher die Schaffung geeigneter Siedlungsstrukturen.

Zu den heutigen Erfordernissen gehören eine ausgewogene Mischung aus Wohnen, Freizeit und Arbeit, kompakte wohnliche Strukturen mit hohem Wohnwert und möglichst kurze Wege zwischen Wohnen und anderen Funktionsbereichen. Die Förderung von Nahmobilität im Städtebau erfordert die Vermeidung kontraproduktiver Rahmenbedingungen. Dazu gehören Großeinrichtungen von Handel und Freizeit auf der grünen Wiese vor den Stadttores, die im Wesentlichen mit dem eigenen Pkw angefahren werden müssen. Nicht minder nachteilig wirkt sich die Wahl von Siedlungsstandorten aus, welche die Benutzung des motorisierten Verkehrs praktisch erzwingen.

Grüne in China

Die GRÜNEN in Deutschland, Europa und der Welt sind das Thema unserer Rubrik „GRÜNE global/lokal“. In China gibt es zwar keine GRÜNEN, aber eine langjährige Zusammenarbeit unserer Partei mit der Kommunistischen Partei. Dazu gehören auch regelmäßige Besuche – im Oktober waren deutsche Grüne zuletzt in China.

Von Frieder Wolf

Seit mehreren Jahren pflegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Kommunistische Partei (KP) Chinas einen regelmäßigen Austausch. Initiiert von Reinhard Bütikofer in seiner Zeit als Bundesvorsitzender führt Cem Özdemir als sein jeglicher K-Gruppen-Vergangenheit unverdächtig Nachfolger diesen inzwischen fest etablierten Parteiendialog engagiert fort. Organisatorischer Partner des Bundesvorstands ist auf chinesischer Seite die Internationale Abteilung beim Zentralkomitee (ZK) der KP. Gänzlich ungewöhnlich ist das nicht, denn das ZK pflegt Kontakte zu Parteien weltweit und so selbstverständlich auch zu allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien.

Ungewöhnlich ist die Form. Einen förmlichen Parteiendialog pflegt die KP nämlich nur mit den GRÜNEN und der SPD. Und ungewöhnlich sind die schiere Zahl und der politische Kontext: Eine Partei mit 60.000 Mitgliedern begegnet einer Partei mit fast 80 Millionen Mitgliedern. Eine Partei, die sich zusammen mit anderen Parteien alle vier Jahre der demokratischen Wahl in den Deutschen Bundestag stellt, auf Bundesebene zurzeit in der Opposition ist, aber in neun von 16 Ländern mitregiert und in Baden-Württemberg den Ministerpräsidenten stellt, trifft auf eine Partei, die auf allen politischen Ebenen ihre Alleinherrschaft beansprucht und notfalls mit Repression und Gewalt durchsetzt. Bei den vielen Themen, die deshalb gerade für uns Grüne strittig bleiben müssen, solange die KP an diesem Machtmonopol festhält, gibt es trotzdem eine Schnittmenge gemeinsamer Interessen, über die im kontinuierlichen Dialog zu sein mehr als



Delegation im Gespräch mit Professor Canfa Wang im Büro der Heinrich-Böll-Stiftung Peking. Herr Wang ist Professor für Umweltrecht an der China University of Political Science and Law Peking, Partneruniversität der Uni Köln, Berater der chinesischen Regierung und Verfasser des Entwurfs des chinesischen Umweltschutzrechts und Mitglied des Volkskongresses der Stadt Peking.

lohnt. Ganz vorne an steht dabei das Thema Umwelt- und Klimaschutz. Immer wichtiger wird darüber hinaus die Rolle Chinas in der internationalen Politik. China ist, anders als Europa, schon längst nicht mehr nur ein ökonomischer Riese und außen- und sicherheitspolitisch ein Zwerg, sondern zunehmend auch in der internationalen Politik ein Global Player. Welche Rolle China dabei künftig einnehmen will und wird, scheint noch nicht entschieden. Umso wichtiger ist ein Parteiendialog auch und gerade über solche Fragen.

Der jüngste Austausch führte eine von Cem Özdemir geleitete und alle vier Ebenen (Europa, Bund, Länder, Kommunen) umfassende Delegation vom 26. bis 28. Oktober 2015 nach Chengdu, der Hauptstadt der NRW-Partnerprovinz Sichuan, und in Kölns und Berlins Partnerstadt Peking.

Die wichtigsten Eindrücke von dieser Reise:

- China verändert sich in einem Tempo, das wir uns in Europa kaum vorstellen können.
- Der erfolgreiche Aufstieg Chinas von einem der ärmsten Länder zu einer der größten Volkswirtschaften dieser Welt geht einher mit einer rasanten Urbanisierung. Diese stellt die chinesischen Städte zunehmend vor ökologische, soziale und auch demokratische Herausforderungen, die für den Parteiendialog von eminentem Interesse sind und für die wir gerade auf kommunaler Ebene viel Erfahrungswissen einbringen können.
- Wenn wir Grüne mit der KP China über ökologische Probleme reden, steht das Thema Bürger- und Menschenrechte implizit immer mit auf der Agenda.
- Der Umweltschutz steht für die KP in-

zwischen gleichrangig neben dem Ziel der Wirtschaftsförderung.

- Für die KP sind wir Grüne ökologischer als wir zurzeit sind. Die Erwartungen, die chinesische Partner in der vermeintlichen Kernkompetenz an uns haben, sind groß.
- Der Empfang durch die Partnerstadt Peking war protokollarisch der lockersten und freundschaftlichsten. Wir Kölner sind in Peking ganz offenbar eine Größe. Dem Kölschen Hang zum Größenwahn gefällt das. Aber auch hier gilt: Der gute Ruf ist die Messlatte, an der wir nur wachsen können.

Einen ausführlicheren Bericht findet ihr hier: <http://www.gruenekoeln.de/kreisverband/zeitschrift-mach-et.html>



Frieder Wolf war als wissenschaftlicher Mitarbeiter von Petra Kelly tätig, arbeitete danach für die Heinrich-Böll-Stiftung in Leipzig, Köln und Brüssel und leitet seit 2001 das Büro für Internationale Angelegenheiten der Stadt Köln. Er war Teil der Delegation, die mit Cem Özdemir nach China reiste.

Ja, wir schaffen das!

Die überwältigende Willkommenskultur in Deutschland muss in eine zukunftsfähige Integration der zu uns Geflüchteten münden. Nur so sieht gelungene Flüchtlingspolitik aus!

Von Volker Beck MdB



Foto: Stefan Kaminski

Zahlreiche Bürger*innen, Vereine und Initiativen, Religionsgemeinschaften, Arbeitgeber*innen und Hochschulen engagieren sich seit dem Sommer, um eine Willkommenskultur für Flüchtlinge zu schaffen. Diese überwältigenden Bilder aus Deutschland haben viele in Europa mit Bewunderung und, ja, auch einem gewissen Erstaunen zur Kenntnis genommen: Von Deutschland hätten das viele nicht erwartet. Doch bei der Willkommenskultur dürfen wir nicht stehen bleiben. Für die Gewährleistung sozialer Menschenrechte, für die Registrierung und Versorgung tragen Bund, Länder und Kommunen die Verantwortung. Dieser Verantwortung darf sich der Staat nicht entledigen.

Grundgesetz achten

Ja, wir schaffen das. Eine andere Haltung kann es nicht geben, wenn Menschen vor Krieg, Gewalt und Verfolgung bei uns Schutz suchen. Mit der Errichtung von Leichtbauhallen und Zeltstädten ist es nicht getan. Wir müssen unsere Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen unterstützen. Wir müssen zusehen, dass Menschen, die nach Deutschland kommen, zügig Deutsch lernen und ihnen dadurch eine rasche Integration in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Und wir müssen den Menschen, die aus autoritären Staaten fliehen, die Werte unserer Verfassung – Menschen-

rechte und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Akzeptanz für die Vielfältigkeit von Lebensentwürfen – vermitteln, um ihre gesellschaftliche Integration konfliktfrei zu gestalten. Das Grundgesetz gilt für alle, egal ob sie aus Dresden oder Damaskus stammen.

Unterbringung sichern

Die Unterbringung der Flüchtlinge ist insbesondere für dicht besiedelte Ballungsräume mit wenig Leerstand wie Köln eine große Herausforderung. Der Bund hat den Kommunen zwar mittlerweile seine leerstehenden Liegenschaften für die Unterbringung zur Verfügung gestellt – mietzinsfrei, so hat es die Bundesregierung auch Ende November in der Antwort auf eine schriftliche Frage bestätigt. In Köln werden allerdings nur wenige dieser Liegenschaften für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt. Hier müssen alle verantwortlichen Stellen ihre Zusammenarbeit intensivieren. Möglicherweise wäre es sinnvoll, wenn die Bundesregierung die Immobilienakquise zentral koordiniert und die Kommunen konkret unterstützt und sich nicht darauf beschränkt, eigene Immobilien zur Verfügung zu stellen. Das wäre eine flexible Maßnahme mit großer Wirkung, wie sie die Bundeskanzlerin mittlerweile schon viel zu oft angekündigt hat, ohne darauf Taten folgen zu lassen. Und der Flüchtlingskoordinator Altmaier hätte endlich eine sinnvolle Aufgabe, der er sich widmen kann, wo er doch sonst offenbar nicht in der Lage ist, das großkoalitionäre Desaster in der Flüchtlingspolitik zu koordinieren.

Ein Kerninstrument für eine gelungene Integrationspolitik haben wir bereits 2005 mit dem rot-grünen Zuwanderungsgesetz geschaffen: In den Integrationskursen werden durch qualifizierte Lehrkräfte Kenntnisse der deutschen Sprache und der Rechts- und Gesellschaftsordnung vermittelt. Diese Kurse sind ein Erfolgsmodell, das nun an die aktuellen Entwicklungen angepasst werden muss. Statt sie – wie es die Regierungskoalition will – auf Asylsuchende aus ein paar wenigen Ländern zu beschränken, sollten wir sie möglichst früh möglichst vielen Menschen zugänglich machen. Denn Sprache ist der Schlüssel zum Erfolg – und Deutsch zu lernen hat noch nie jemandem geschadet. Wir müssen die Kurse finanziell deutlich besser ausstatten, auch um endlich eine angemessene Honorierung der Lehrkräfte sicherzustellen. Dafür arbeiten wir Grünen im Bundestag.

Akzeptanz schaffen

Gesellschaftliche Integration gelingt aber nicht alleine durch das Absolvieren von Sprachkursmodulen. Wir müssen ein gesellschaftliches Klima der Akzeptanz schaffen, das über eine kurzfristige Willkommenskultur hinausgeht. Wir müssen klar und deutlich machen, dass wir brennende Flüchtlingsunterkünfte, Angriffe und Morddrohungen gegen Unterstützer*innen nicht als Bagatelldelikte, sondern als Verbrechen verurteilen. Gegen Hass und Gewalt müssen wir entschieden handeln und unseren Einsatz für ein Miteinander in Vielfalt verstärken.



Foto: Fotolia/Prubig-Photo



Refugees welcome – auch in Deutschland?

Meine persönliche Sicht auf die Flüchtlingskrise



Von Inpayogi Yogendran, Vorstand Grüne Jugend Köln

Derzeit flüchten sehr viele Menschen nach Europa. Viele waren überrascht, dass die Anzahl der geflüchteten Menschen so stark zunahm. Dabei war das absehbar. Seit 2011 tobt ein furchtbarer Bürgerkrieg in Syrien, in der jede*r gegen jede*n agiert. Aus den Balkanstaaten fliehen Menschen vor Verfolgung und wirtschaftlicher Not. Und weit unter dem Radar der Öffentlichkeit fliehen seit Jahren Menschen aus den verschiedensten Ländern über das Mittelmeer ins „gelobte“ Europa.

Lange Zeit konnte Deutschland dank Dublin-III die Verantwortung auf die Ränder der Europäischen Union abschieben. Doch dieses System bricht nun immer weiter zusammen. Die europäische Politik insgesamt reagierte heillos überfordert. Solidarität der europäischen Länder untereinander? Fehlangeize! Nur wenige Länder wie Schweden übernehmen Verantwortung und nehmen Geflüchtete auf.

Hilfsbereitschaft erst groß

In Deutschland ist die Situation seit mehreren Monaten kompliziert. Auf der einen Seite engagieren sich viele Menschen ehrenamtlich vor Ort, um geflüchtete Menschen bei ihrer Ankunft in Deutschland zu unterstützen. Auf der anderen Seite gibt es seit Monaten wiederholt fremdenfeindliche Übergriffe auf geflüchtete Menschen und Anschläge auf ihre Unterkünfte.

Mitte September sah es für kurze Zeit so aus, als würde Deutschland seine Geflüchtetenpolitik ändern. So setzte ausgerechnet Angela Merkel zeitweise Dublin-III außer Kraft und ermöglichte vielen Menschen, die auf der sogenannten Balkanroute über Ungarn flohen, eine Zuflucht in Deutschland zu finden. Zahlreiche Freiwillige unterstützten und versorgten die ankommenden Geflüchteten in München. Diese Bilder gingen um die Welt. Eine Welle der Solidarität erfasste Deutschland. Vorne dabei Angela Merkel,

die sich auf eine klare Aussage festlegte: „Deutschland schafft das!“

Kippt die Stimmung?

Zwei Monate später ist Ernüchterung eingetreten. In aktuellen Umfragen sprechen sich immer mehr Menschen für rechte Parteien wie die AFD aus. Die Stimmung innerhalb der Bevölkerung kippt. Angela Merkel befindet sich erstmals in ihrer Kanzlerinnenschaft in einer Krise. Ihre Umfragewerte sind rapide gesunken und sie wird permanent von ihrer Partei und ihren Koalitionspartnern kritisiert und angegriffen. Parteien wie die CSU öffnen rechte Parolen und Forderungen nach und schaffen es auch noch, dass diese umgesetzt werden. Und prahlen, dass sie die größten Asylrechtsverschärfungen durchgesetzt haben.

Ist auf die GRÜNEN noch Verlass?

Auf die GRÜNEN ist auch kein Verlass mehr. Sie traten als Partei für geflüchtete Menschen ein. Das gilt nicht mehr. Jeweils 2014 und 2015 haben die GRÜNEN im Bundesrat zwei der furchtbarsten Asylrechtsverschärfungen der letzten 20 Jahre zugestimmt. So werden geflüchtete Menschen in erster und zweiter Klasse unterteilt. Hier die „guten“ Geflüchteten:

Syrier*innen, die vor Krieg fliehen. Und dort Menschen aus den Balkanstaaten, die vor wirtschaftlicher Not flüchten und in der Öffentlichkeit mit schlimmsten Vorurteilen gebrandmarkt werden. Mit Mühe wurde die sogenannte Transitzone abgewendet. Bundesinnenminister de Maizière überlegte laut, den Familiennachzug für syrische Geflüchtete auszusetzen.

Willkommen heißen und Verantwortung übernehmen

Doch repressive Politik löst nicht die Probleme! Wir müssen solidarisch sein. Wir müssen uns die Sorgen und Nöte der Menschen vor Ort anhören. Und gleichzeitig klarmachen, dass Deutschland als reiches Land mit Hilfe der anderen europäischen Länder geflüchtete Menschen aufnehmen kann und muss. Wir haben eine moralische Verantwortung. Nur wenn wir der Öffentlichkeit vermitteln, dass wir es schaffen, dann können wir auch die Menschen mitnehmen, die zweifeln. Stehen wir in der Gruppe derer, die Ängste und Vorurteile schüren, wird die Stimmung gegenüber Geflüchteten kippen! Wir dürfen keinem Asylkompromiss mehr zustimmen, sondern müssen laut für eine freizügige Geflüchtetenpolitik werben!

Refugees welcome!



Erik Marquardt, Sprecher der GRÜNEN JUGEND, war im August und September 2015 mehrfach auf der Fluchtroute über den Balkan unterwegs. Dabei hat er den Weg der Flüchtlinge fotografisch festgehalten und sich intensiv mit den Flüchtenden und der Situation auf der Fluchtroute beschäftigt. In seinem Fotovortrag am 18. November 2015 im Altenberger Hof hat er die Probleme, Eindrücke und Erlebnisse auf der Fluchtroute, von den ankommenden Flüchtlingsbooten, der Freude am Strand, über den beschwerlichen Weg bis zur österreichen Grenze, dargestellt und damit die aktuelle Fluchtbewegung begreifbar gemacht.

AK AK Grüne Alte**Kompetenz und Erfahrung nutzen**

Von Frank Hauser

Manchmal brauchen gute Initiativen den richtigen Zeitpunkt. Dieses Mal hat die Gründung eines Arbeitskreises „Grüne Alte“ für Köln beim historisch dritten Versuch dann endlich Zuspruch gefunden. Seit dem 16. September 2014 sind wir gegründet und aktiv am Start. Denn lange sahen viele Mitglieder keine Notwendigkeit und einige sehen sie bis heute nicht ... Wir hatten alle 162 Mitglieder, die über 60 Jahre sind, eingeladen. Das Echo war zwiespältig. Offensichtlich ist es immer noch schmerzvoll zu den „Alten“ gezählt zu werden. Manche verbateten sich weiteren Kontakt oder fühlten sich endgültig in eine Randgruppe bei den GRÜNEN einsortiert. Uns zeigt dies umso mehr wie notwendig wir sind.

Die Motivation, bei den Grünen ALTEN mitzuarbeiten ist so bunt und vielseitig wie unsere ganze Partei. Tragend für ALLE ist der Wunsch, Einfluss zu bekommen bzw. zu behalten, um neben der Zukunftssicherung unseres Gemeinwesens



für eine umfassende Selbstbestimmung für Alt und Jung zu kämpfen.

Ein Motto könnte lauten: „Selbstbestimmt leben und sterben wie und wo ich möchte“. Es geht um Freiheit und Würde. Das WIE führt zu Bemühungen um ein selbstbewusstes und eigenverantwortliches Leben im Alter. Das Wo führt zu Fragen zur Wohnraumsituation in Köln, Nachbarschaften und Quartierskonzepten. Kann ich mir mein Köln später noch leisten? Altersarmut und

Gentrifizierung, Teilhabe und Zugang zu Kultur und Bildung und Festen sind unsere Themen sowie Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Dies macht auch deutlich, dass die Interessen von Alt und Jung meist identisch sind. Lasst uns die Erfahrungen der Alten wieder als gesellschaftlichen Schatz betrachten, der gehoben werden muss um unsere Zukunftsaufgaben zu bewältigen!

Themen 2015/2016: Wohnraumsituation in Köln, Sonderwohnformen „Neues Wohnen im Alter“, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, Altersdiskriminierung in Beruf, Politik und Kultur, Selbstbestimmt leben und sterben.

Treffen: In der Regel am 4. Mittwoch des Monats im Grünen Zentrum am Ebertplatz um 19 Uhr.
Nächster Termin: 27. Januar 2016.

Kontakt: hauser@hauserfrank.de oder 0221/56933526

**AK AK Queer****Offen für alle**

Von Elke Hausner

Seit 2011 gibt es in Köln einen gemeinsamen Arbeitskreis für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, Intersexuelle und Intergender (LSBTII). Die Treffen finden einmal monatlich im GRÜNEN Zentrum am Ebertplatz statt, wobei auch Nicht-Parteimitglieder willkommen sind.

Wir setzen uns innerhalb der GRÜNEN und auf lokaler Ebene für queere Themen ein – für einen vielfältigen und politischen Christopher-Street-Day, für mehr Sichtbarkeit lesbischer Frauen, u. a. durch unseren grünen Lesbenempfang zum CSD, für ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Rechts, für eine starke LSBTTII-Vertretung in der Kölner Stadtverwaltung im Rahmen des Diversity-Referats, für einen aktiven

Dialog über Bürgerrechte mit unseren Partnerstädten nicht nur in Russland und für eine lebendige und vergnügliche Lesben- und Schwulenszene in allen Kölner Veedeln.

Der AK Queer organisiert auch im nächsten Jahr wieder den grünen Auftritt beim Straßenfest und der Parade beim ColognePride. Denn wir sind überzeugt, je mehr Menschen öffentlich zu ihrem Anderssein stehen, umso schneller werden queere Lebensweisen zur Normalität werden. Wir sind gemeinsam stark, und stehen füreinander ein auch gegen „Besorgte Eltern“ und andere homophobe Strömungen im In- und Ausland.

Als Kölner Grüne ist unser erklärtes Ziel die Gleichstellung ohne Abstriche und Kompromisse, und wir unterstützen die Initiative #ehefueralle.



Für die Mitarbeit im AK Queer suchen wir noch interessierte Mitglieder. Besonders über die Teilnahme von weiteren Frauen würden wir uns sehr freuen. Das nächste **Treffen findet am Dienstag, den 19.01.2016** ab 19 Uhr in der Geschäftsstelle am Ebertplatz statt. Weitere Informationen findet ihr auf der Website: www.gruenekoeln.de

Das Sprecher*innen Team besteht aus: Stefan Wolters, Inge Linne, Elke Hausner und Alf Spröde.

Bei Interesse erreicht ihr uns unter: ak-queer@gruenekoeln.de

GRÜNE begleiteten Klimakonferenz



Vom 30. November bis 11. Dezember 2015 fand in Paris die UN-Klimakonferenz statt. Wir Grüne in Köln begleiteten dies mit zahlreichen Veranstaltungen. „Wenn wir die Welt retten wollen, müssen wir den globalen Temperaturanstieg auf allerhöchstens zwei Grad begrenzen“, sagt unsere Vorsitzende Marlis Bredehorst. Ihr Kollege Hans Schwanitz ergänzt: „Es ist längst kurz vor Zwölf – wir müssen endlich handeln. Wir GRÜNE stehen für konsequenten Klimaschutz und haben das deshalb ganz besonders rund um den Klimagipfel thematisiert.“ So zeigte das Grüne Kino den Film „Voices of Transition“, der Beispiele aus Frankreich, Kuba und Russland präsentiert, die zeigen, wie Klimaschutz im Kleinen geht. Außerdem machten viele unserer Ortsverbände Infostände in den Veedeln, um die Leute zum Thema Klimaschutz zu informieren – und auch einfach mal „Danke“ zu sagen an alle, die ihren Teil bereits beitragen – ob sie mit dem Fahrrad fahren, regional einkaufen oder Ökostrom nutzen.



... auf dem **CSD 2015**
 unter dem Motto
 „Vielfalt: lehren, lernen, leben“

Tschö, Diana



Foto: Christiane Martin

Der Kölner Kreisverband ohne seine langjährige Geschäftsführerin Dr. Diana Siebert war kaum vorstellbar. 14,5 Jahre lang hat die Historikerin die organisatorischen Geschicke der Kölner GRÜNEN gelenkt. Nun ist die 58-Jährige

an die Uni Siegen gewechselt, wo sie ihrer ursprünglichen Berufung nachgehen möchte und im Bereich „Herrschaftstechniken im Sumpf und ihre Reichweite“ forscht. Die GRÜNEN haben sie mit viel Applaus, Dankesworten, Blumen und Geschenken auf ihrer Kreismitgliederversammlung am 24. Oktober 2015 verabschiedet. Auch wir, die Mach-et-Redakteur*innen, sagen: „Tschö, Diana!“



Fotos (wenn nicht anders bezeichnet): Christiane Martin

BUCHTIPP

Von Frank Jablonski

Die 29-jährige Laury Penny hat mit ihrem neuen Buch **„Unsagbare Dinge – Sex, Lügen und Revolution“** einen der spannendsten, interessantesten und radikalsten Beiträge zur Feminismusdebatte der letzten Jahre vorgelegt. Dabei gelingt der Bloggerin „Penny Red“ das Kunststück ihre persönliche Entwicklung, mit allen Traumata, Beschädigungen und Verletzungen konsequent mit politischen Forderungen zu verknüpfen, ohne ins Sentimentale oder in eine peinliche Nabelschau zu verfallen. Diese feministische Streitschrift ist gleichzeitig leidenschaftlich und analytisch geschrieben. Und vor allem fügt diese Textsammlung der häufig biedereren und selbstgefälligen bundesdeutschen Feminismusdebatte die soziale Frage mit voller Wucht hinzu: „Die Art Feminismus, die seit Jahren in den Medien eine Rolle spielt und die Schlagzeilen beherrscht, nützt in erster Linie den heterosexuellen, gut verdienenden weißen Frauen der Mittelschicht und der oberen Mittelschicht.“

Öffentliche Karrierefeministinnen sind damit beschäftigt, mehr Frauen in die Vorstände zu bringen, dabei besteht das Hauptproblem darin, dass es schon viel zu viele Vorstandszimmer gibt und keins von ihnen brennt.“ Die Britin berichtet von den Occupy-Protesten und den neuen sozialen Bewegungen, sie stellt die Machtfrage, analysiert den konservativen Rollback und das Verhältnis von Sex und Gender in den westlichen Kulturen. Laurie Penny erklärt Männern, dass die neuen Freiheiten der Frauen und Queers sich nicht gegen Männer richten. Und dass wirkliche Freiheit für alle Menschen, nur mit sozialem Feminismus gedacht werden kann.

Das Buch ist 2015 in der Edition Nautilus erschienen und kostet 16,90 Euro.





Traumberuf Wahlkampfmanätscher

Während der Beruf des Politikers bei der Bevölkerung noch unter Autoverkäufer oder Mitarbeiter eines Call-Centers rangiert, ist die Tätigkeit eines Wahlkampfmanagers noch weitestgehend unbekannt, unterliegt also derzeit noch keinem Trend. Die Initiative ‚eine Lobby für Wahlkampfmanager‘ hat sich deshalb zur Aufgabe gemacht, dem Wahlvolk diesen Beruf, der umfassende Fähigkeiten und tiefgehendes Vorwissen sowie eine gute Portion Didaktik, Dialektik und Frustrationstoleranz erfordert, bekannt zu machen. Bei einer Tagung in Köln haben Expert*innen aus Forschung, Lehre und angewandter Wahllogistik folgendes Profil eines idealen Wahlkampfmanagers (WKM) herausgearbeitet:

Er muss mit allen können, egal in welcher psychischen Verfassung er sich befindet.

Er muss immer ansprechbar sein, auch nachts und vor allen Dingen nachts, da dann den EhrenamtlerInnen besonders viele absurde Ideen kommen.

Er sollte möglichst nie Hunger haben, auch das Trinken sollte nicht im Vordergrund der körperlichen Bedürfnisse stehen.

Er sollte nicht das Bedürfnis haben, eine eigene Meinung zu äußern, sondern umsetzen können, was irgendein abseitiges Gremium beschlossen hat. Gute eigene Impulse sollte er als die Idee der Anderen anbringen. Persönliche Eitelkeit sollte komplett ausblendbar sein. Er sollte Ehrenamtler*innen motivieren und sei es durch laute Gesänge oder sehr lange, euphorische E-Mails. Besäufnisse sind als Wahlkampfereignis zu deklarieren, der Vorstand ist dabei möglichst breit einzubeziehen. Er sollte NIE, wirklich NIE, Geld ausgeben, schon gar nicht für Inhalte. Gute Verbindungen zu Beachflagg-Herstellern, Vogelfutterproduzen-

ten und Streuobstwiesenbesitzer*innen vielleicht sogar Imker*innen, sind Grundvoraussetzung einer makellosen Karriere.

Soziale Kompetenz kann helfen

Professionelle Wahlkämpfer brauchen eine hohe intrinsische Motivation, diplomatisches Geschick und große Empathie für ihre Mitmenschen, respek-

man sie nur vertrauenswürdigen Leuten mitteilen und denen auch NIE schriftlich. Der Presse gegenüber schiebt man im Zweifelsfalle alles auf den Kassierer oder dementiert alles.

So oft wie möglich sucht der beflissene WKM den Kontakt zur Basis, gerade auch dann, wenn die Basis überhaupt keine Lust verspürt, gefragt oder einbezogen zu werden. Die Parteibasis ist das Biotop und will beackert und gedüngt werden. Kommunikation ist dabei alles.

Die Kommunikationsfähigkeit des WKM wird täglich unter Beweis gestellt, er erkennt Krisen, bevor sie eskalieren und freut sich über jede* selbstdenkene*n Ehrenamtler*in, der ohne Aufforderung tätig wird. Eine Zeiterfassungssoftware für das Eintragen der Arbeitszeit ist dem Wahlkampfmanager völlig unbekannt und er kann sie wegen seiner schwierigen Hände auch gar nicht bedienen.

In 90 Prozent ist der WKM ein Menschenfreund und liebt seine Partei und manchmal auch seine Frau. Er darf auch nicht monetär interessiert sein oder erwarten angemessen bezahlt

zu werden, denn das verunreinigt nur seinen Geist. Er glaubt an eine bessere Zukunft und er glaubt nicht an niedere Instinkte oder gar Machtstreben.

Er arbeitet nur auf einen Moment hin: den WAHLSIEG! Wenn der sich einstellt, taucht der WKM 1-2 Tage ab, um sich einer ausgiebigen Schreitherapie im eigenen Garten zu widmen. Danach schlägt er seinen Kalender auf, um nachzusehen, wann die nächste Wahl ansteht.

PS: Es soll angeblich auch Wahlkampfmanätscherinnen geben, aber nicht in Köln. Langzeitstudien versuchen gerade herauszufinden, warum eigentlich nicht.



tive Parteifreund*innen. Sie müssen in der Lage sein Entscheider*innen zu Beschlüssen zu drängen, ohne dass die es merken, während sie Beschlüsse gleichzeitig schon realisieren. Die eigene Profilneurose sollte in jahrelangen Therapien behandelt und ausgestanden sein. Denn es zählt nur eins: Die Kandidatin. Und natürlich die Befindlichkeiten aller Funktionsträger*innen von OV bis zum Universum. Die eigenen guten Ideen schiebt man besonders eitlen Zeitgenoss*innen unter... schlechte Ideen deklariert man sofort als die eigenen und lässt in heroischer Langmut den Shitstorm lächelnd über sich ergehen. Falls man eine eigene Meinung hat, darf

Kreisverband Köln (KV)

✉ Ebertplatz 23 • 50668 Köln
 ☎ Di. 14-16, Do. 11-13 Uhr
 📧 buero@gruenekoeln.de
 🌐 www.gruenekoeln.de

Bank für Sozialwirtschaft
 IBAN: DE62370205000008144300

Kommissarischer Geschäftsführer: Kevin Liebig
 📧 buero@gruenekoeln.de ☎ 0221-7329854

Mitgliederbetreuung: Kevin Liebig
 📧 adressen@gruenekoeln.de ☎ 0221-7329855

Kreisschiedsgericht: Franz Dillmann, Katharina Sengers, Yasmin Vadood

Vorstand

E-Mail: *vorname.nachname@gruenekoeln.de*

Susanne Bonnemann 0178-8669360
 Marlis Bredehorst ☎ 0172-5407272
 Barbara Brunelli ☎ 0151 2679 2731
 Frank Jablonski ☎ 01577-1974129
 Max Löffler ☎ 0170-3509465
 Hans Schwanitz ☎ 0160-5227259
 Pascal Siemens ☎ 0171-1618114
 Katja Trompeter ☎ 0179-4784667

Ortsverbände (OV)

OV 1: Innenstadt/Deutz

Thomas Graf-Luxen
 📧 innenstadt@gruenekoeln.de

OV 2: Rodenkirchen

Carolin Ramrath, Robert Schallehn
 📧 ovzwei@gruenekoeln.de

OV 3: Lindenthal

Elisabeth Knobloch, Mario Michalak
 📧 ov3@gruenekoeln.de

OV 4: Ehrenfeld

Bahar Aslan, Manfred Waddey
 📧 vorstand@gruene-ehrenfeld.de

OV 5: Nippes

Conni Schröder, Alexander Schmalz
 📧 nippes@gruenekoeln.de

OV 6: Köln-Nord/Chorweiler

Inan Metinoglu ☎ 0171-155 9123
 📧 ov6@gruenekoeln.de

OV 7: Porz/Poll

Thomas Ehses ☎ 0163-1737761
 📧 ov7@gruenekoeln.de

OV 8: Kalk

Manuela Grube, Marc Daniel Heintz
 📧 kalk@gruenekoeln.de

OV 9: Mülheim

Dagmar Becker, Mathias Wittmann
 📧 ov9@gruenekoeln.de

Bezirksvertretungsfractionen

BV 1: Innenstadt/Deutz

Antje Kosubek
 📧 Antje.Kosubek@ gmail.com

BV 2: Rodenkirchen

Manfred Giesen
 📧 manfred.giesen@stadt-koeln.de

BV 3: Lindenthal/Sülz

Claudia Pintl 📧 bv3@gruenekoeln.de

BV 4: Ehrenfeld

Christiane Martin 📧 chr_martin@gmx.de

BV 5: Nippes

Helmut Metten 📧 hmetten@yahoo.de

BV 6: Köln-Nord/Chorweiler

Wolfgang Kleinjans
 📧 wolfgang.kleinjans@stadt-koeln.de

BV 7: Porz/Poll

Dieter Redlin 📧 dieter.redlin@stadt-koeln.de

BV 8: Kalk

Daniel Dahm 📧 Daniel.Dahm@googlemail.com

BV 9: Mülheim

Winfried Seldschopf 📧 winfried@seldschopf.de

Partei Arbeitskreise

BürgerInnenStadt

Dieter Schöffmann, Andrea G. Malorny
 ☎ 0176-24992118
 📧 ak-buergerinnen@gruenekoeln.de

Demokratie und Recht

Marc Kersten, Carolin Ramrath
 📧 ak-demokratie-und-recht@gruenekoeln.de

Frauen- und Mädchenpolitik

Kirsten Reinhardt ☎ 0171-4114889

Grüne Alte

Frank Hauser ☎ 0170-3281076
 📧 hauser@hauserfrank.de

Internationales

Anne Walberer, Peter Heiter, Carolin Ramrath
 📧 ak-internationales@gruenekoeln.de

Konsum

Carolin Ramrath, Stefan Wolters,
 Markus Wagener
 📧 ak-konsum@gruenekoeln.de

Migration

Dr. Massoud Vahedi
 📧 ak-migration@gruenekoeln.de

Ökologie

Denise Abé, Björn Maßheimer
 📧 ak-oekologie@gruenekoeln.de

Queer

Elke Hausner, Inge Linne, Alf Spröde,
 Stefan Wolters 📧 ak-queer@gruenekoeln.de

Soziales

Sidonie Wacker, Yves Reich
 ak-soziales@gruenekoeln.de

Verwaltung

Volker Schneider, Elisabeth Knobloch,
 Marc Kersten
 📧 vol.schneider@web.de

Wirtschaftspolitik

Deniz Ertin, Thomas Hilden, Derya Karadag,
 Katharina Schweer
 📧 ak-wirtschaft@gruenekoeln.de

Grüne Jugend

🌐 www.gruene-jugend-koeln.de

Ratsfraktion

✉ Grüne Fraktion, Rathausplatz,
 Spanischer Bau, 50667 Köln
 ☎ Mo.-Fr. 9-12, Mo., Di., Do. 13-16 Uhr,
 Mi. 13-18 Uhr, ☎ 0221-221-25919
 📧 gruene-fraktion@stadt-koeln.de
 ⌚ jeden Mi. 19.00 Uhr, Spanischer Bau
 („Mittwochskreis“)

Fraktionsarbeitskreise

Anregungen und Beschwerden

Berivan Aymaz 📧 berivan.aymaz@yahoo.com

Bauen und Gebäudewirtschaft

Gerd Brust 📧 g.brust@netcologne.de

Finanzen

Jörg Frank 📧 joerg.frank@stadt-koeln.de

Frauen

Julia Woller 📧 juliawoller@gmx.net

Gesundheit

Ralf Unna 📧 unna@holland-unna.de

Integrationsrat

Firat Yurtever 📧 fyurtever@gmx.de

Jugendhilfe

Svenja Rabenstein
 📧 svenja.rabenstein@netcologne.de

Kunst und Kultur

Brigitta von Bülow 📧 buelow@netcologne.de

Liegenschaften

S. Pakulat 📧 sabine.pakulat@gruenekoeln.de

Rechnungsprüfung

Gerd Brust 📧 g.brust@netcologne.de

Schule und Bildung

Horst Thelen 📧 horst.thelen@arcor.de

Soziales

Marion Heuser 📧 marion@heuser-cologne.de

Sport

E. Thelen 📧 elisabeth.thelen@stadt-koeln.de

Stadtentwicklung

Kirsten Jahn 📧 kirstenjahn@gmx.net

Umwelt

Matthias Welpmann 📧 welpmann@web.de

Verkehr

Lino Hammer 📧 lino.hammer@googlemail.com

Verwaltung

Manfred Richter 📧 mrichter@netcologne.de

Wirtschaft

Jörg Frank 📧 joerg.frank@stadt-koeln.de

Bürgermeister Andreas Wolter

✉ Rathaus, Spanischer Bau • 50667 Köln
 ☎ 0221-221-26062
 📧 andreas.wolter@stadt-koeln.de

Bundesverband

✉ Platz vor dem Neuen Tor 1 • 10115 Berlin
 ☎ 030-28 442-0 📠 030-28 442-210
 📧 info@gruene.de www.gruene.de

Bundestagsfraktion

✉ Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
 ☎ 030-227-55518 📠 030-227-56552
 🌐 www.gruene.de

Regional- und Wahlkreisbüros

✉ Ebertplatz 23 • 50668 Köln

Volker Beck

📧 koeln@volkerbeck.de
 Frank Jablonski ☎ 0221-7201455

Katharina Dröge

📧 katharina.droege.ma03@bundestag.de
 Judith Hasselmann ☎ 0221-7220369

Landesverband NRW

✉ Oststraße 41-43 • 40211 Düsseldorf
 ☎ 0211-38666-0 📠 0211-38666-99
 📧 info@gruene-nrw.de 🌐 www.gruene-nrw.de

Landtagsfraktion NRW

✉ Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf
 ☎ 0211-8842860 📠 0211-8842870
 📧 gruene@landtag.nrw.de
 🌐 www.gruene.landtag.nrw.de

Andrea Asch

📧 andrea.asch@landtag.nrw.de

Arndt Klocke

📧 arndt.klocke@landtag.nrw.de
 Wahlkreisbüro: Max Christian Derichsweiler,
 Ebertplatz 23, 50668 Köln ☎ 0221-9727850
 📧 max.dereichsweiler@landtag.nrw.de

Arif Ünal

📧 arif.uenal@landtag.nrw.de, Grünes Zentrum
 Kalk, Johann-Mayer-Str. 18, 51105 Köln
 ☎ 0221-54814466, Sprechstunde Fr. 10-13 Uhr

Fraktion im Landschaftsverband Rheinland

Geschäftsführer: Ralf Klemm
 ☎ 0221-8093369 📧 ralf.klemm@lvr.de

Fraktion im Regionalrat Köln

Geschäftsführerin: Antje Schäfer-Hendricks
 ☎ 0221-9912266
 📧 info@gruene-regionalrat-koeln.de

Erläuterungen:

🕒 Öffnungszeiten, 🕒 Treffen, ✉ Postanschrift,
 ☎ Telefon, 📠 Fax, 📧 E-Mail, 🌐 Homepage

In den Schulferien, an Feiertagen und bei besonderen Anlässen können die jeweiligen Treffen ausfallen. Deshalb empfiehlt es sich immer, bei den Ansprechpersonen nachzufragen.

Alle Treffen sind grundsätzlich öffentlich, können also von jedem und jeder Interessierten besucht werden.



Postvertriebsstück G 4224 • Entgelt bezahlt
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Köln
 Ebertplatz 23 • 50668 Köln

TERMINKALENDER

Arbeitskreise, Mitgliederversammlungen, Treffs, Veranstaltungen, Wahlen ...

Sa. 02.01.	Bürger*innensprechstunde OV Lindenthal, Kreuzung Sülzburgstr./Wichterichstr., 11:00	Di. 23.02.	Partei-AK, Soziales, Grünes Zentrum, 19:00
Di. 05.01.	Partei-AK Verwaltung, Grünes Zentrum, 19:00	Di. 23.02.	Partei-AK Migration, Grünes Zentrum, 19:00
Di. 05.01.	Partei-AK Wirtschaftspolitik, Grünes Zentrum, 19:30	Mi. 24.02.	Partei-AK Grüne Alte, Grünes Zentrum, 19:00
Do. 07.01.	Partei-AK Demokratie und Recht, Grünes Zentrum, 19:30	Do. 25.02.	Partei-AK Internationales, Grünes Zentrum, 19:30
Di. 12.01.	Partei-AK Bürger*innen-Stadt, Grünes Zentrum, 19:30	Sa. 27.02.	Demokratietag der Kölner GRÜNEN, LVR, 10:00
Mo. 18.01.	AK Queer, Grünes Zentrum, 19:00	Mo. 29.02.	Partei-AK Konsum, Grünes Zentrum, 20:00
Do. 21.01.	Schulung zur Bauleitplanung, Grünes Zentrum, 19:00	Di. 01.03.	Partei-AK Verwaltung, Grünes Zentrum, 19:00
Do. 21.01.	Partei-AK Ökologie, Grünes Zentrum, 19:30	Di. 01.03.	Partei-AK Wirtschaftspolitik, Grünes Zentrum, 19:30
Di. 26.01.	Partei-AK Soziales, Grünes Zentrum, 19:00	Do. 03.03.	Partei-AK Demokratie und Recht, Grünes Zentrum, 19:30
Mi. 27.01.	Partei-AK Grüne Alte, Grünes Zentrum, 19:00	Sa. 05.03.	Bürger*innensprechstunde OV Lindenthal, Kreuzung Sülzburgstr./Wichterichstr., 11:00
Do. 28.01.	Partei-AK Internationales, Grünes Zentrum, 19:30	Di. 08.03.	Partei-AK Bürger*innen-Stadt, Grünes Zentrum, 19:30
Di. 02.02.	Partei-AK Wirtschaftspolitik, Grünes Zentrum, 19:30	Do. 17.03.	Partei-AK Ökologie, Grünes Zentrum, 19:30
Do. 04.02.	Partei-AK Demokratie und Recht, Grünes Zentrum, 19:30	Mo. 21.03.	AK Queer, Grünes Zentrum, 19:00
Sa. 06.02.	Bürger*innensprechstunde OV Lindenthal, Kreuzung Sülzburgstr./Wichterichstr., 11:00	Di. 22.03.	Partei-AK Soziales, Grünes Zentrum, 19:00
Di. 09.02.	Partei-AK Bürger*innen-Stadt, Grünes Zentrum, 19:30	Mo. 28.03.	Partei-AK Konsum, Grünes Zentrum, 20:00
Mo. 15.02.	AK Queer, Grünes Zentrum, 19:00	Mi. 30.03.	Partei-AK Grüne Alte, Grünes Zentrum, 19:00
Do. 18.02.	Partei-AK Ökologie, Grünes Zentrum, 19:30	Do. 31.03.	Partei-AK Internationales, Grünes Zentrum, 19:30

Alle Termine findet ihr auch auf unserer Website
www.gruenekoeln.de im Terminkalender.